

# Einfach Verstehen

Gefällt Ihnen dieser Name? Melden Sie sich gerne bei uns!

Mittwoch, 18. Mai 2016

Ausgabe Nr. 3

Seite 1

## Das neue Behindertengleichstellungsgesetz wurde im Bundestag beschlossen

### Das neue Bundesteilhabegesetz wurde besprochen

Protest von Betroffenen in Berlin

Der Bundestag in Berlin hat einem neuen **Behindertengleichstellungsgesetz** zugestimmt. Dieses Gesetz besagt, dass die Dienste aller Bundesämter ohne Barrieren in Anspruch genommen werden können. Es soll Rampen und bauliche Barrierefreiheit für Menschen im Rollstuhl oder mit körperlichen Einschränkungen geben. Aber auch Anträge und Verfahren sollen in leichter Sprache oder mit Übersetzung zugänglich gemacht werden. Ziel ist es, die Bundesämter für alle inklusiv zu gestalten.

Diese Barrierefreiheit gilt aber erst einmal nur in Bundesämtern. Zum Beispiel in den Ministerien in Berlin oder in Gebäuden der Deutschen Rentenversicherung. In Bundesländern, in Städten und Gemeinden gilt dann das Gesetz, das im jeweiligen Bundesland beschlossen wurde. Diese sind nicht alle gleich. Die Barrierefreiheit gilt auch nicht überall im alltäglichen Leben. Weder Restaurants und Cafés, noch Kinos oder Geschäfte müssen die Vorgaben des Bundes umsetzen. Auch Arztpraxen müssen nicht zwangsläufig barrierefrei sein. Betroffene, die an den Gesetzesberatungen teilgenommen haben, sagen, dass beschlossene Gesetz reicht nicht aus.

Behinderte und Behindertenverbände fordern: Auch im alltäglichen Leben braucht es Zugang und Gleichberechtigung. Deswegen haben Menschen mit Behinderung letzte Woche in Berlin protestiert. Etwa 20 Rollstuhlfahrer haben sich letzte Woche nachts am Spreeufer in der Nähe vom Bundestag an ein Geländer gekettet.

Das neue **Bundesteilhabegesetz** wurde im Bundestag besprochen.

7,5 Millionen Menschen in Deutschland sind schwerbehindert. Das sind etwa 10 Prozent der deutschen Bevölkerung. Mit dem Bundesteilhabegesetz sollen diese Menschen mehr Mitspracherechte und Absicherung erhalten: Sie sollen frei entscheiden dürfen, wo und wie sie leben wollen. Sie sollen mehr Geld als bisher ansparen können. Barrieren sollen abgebaut werden. Die Gleichberechtigung soll gestärkt werden.

Behindertengruppen haben sich bei der Beratung des Gesetzes beteiligt. Dazu haben sie mehr Rechte eingefordert. Jeder soll selbst über das eigene Leben bestimmen können. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention soll stärkere Beachtung finden. In dieser Abmachung werden die Rechte von behinderten Menschen weltweit gestärkt und jeder kann sich darauf berufen. Jeder kann einfordern, dass seine Rechte beachtet werden.

Mit dem aktuellen Entwurf für das Bundesteilhabegesetz sind nicht alle zufrieden. Auch die Behindertenbeauftragte Verena Bentele nicht. Aber sie findet es gut, dass es wenigstens besprochen wird und dass es ein besseres Gesetz geben soll. Viele Menschen mit Behinderung sagen aber, dass es zu wenig Unterstützung gibt und zu wenig finanzielle Hilfen.

Die Bundesregierung sagt, mit Ihrem Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz soll sich das ändern: Menschen mit Behinderung sollen mehr Geld ansparen dürfen – bis zu 25.000 Euro. Und: Ab 2020 soll das Einkommen des Partners nicht mehr auf das Vermögen eines Menschen mit Behinderung angerechnet werden.

Das Bundesteilhabegesetz soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Bitte wenden!



# Einfach Verstehen

Gefällt Ihnen dieser Name? Melden Sie sich gerne bei uns!

Mittwoch, 18. Mai 2016

Ausgabe Nr. 3

Seite 2

## Pressefreiheit

Das Wort „Presse“ wurde früher für alles benutzt, was in einer Druckerpresse auf Papier gedruckt wurde, zum Beispiel Bücher, Zeitungen und Zeitschriften. Heute wird zusätzlich alles, was mit Nachrichten zu tun hat, auch als „Presse“ bezeichnet, z.B. im Fernsehen, im Radio oder auch Nachrichten im Internet. Dabei ist es egal, ob man diese lesen, hören oder sehen kann.

Die Presse gibt es, damit sich alle Menschen über alles, was sie interessieren, informieren können. Wichtig ist deshalb, dass die Menschen, die für die Presse arbeiten, alles schreiben und sagen dürfen. Niemand darf der Presse verbieten, über etwas zu berichten.

Dies wird „Pressefreiheit“ genannt.

Das ist in Deutschland und einigen anderen Ländern ein Grundrecht. Das heißt, alle haben dieses Recht, und niemand darf es einschränken. Manchen Politikern oder Firmen gefällt es manchmal nicht, was die Presse schreibt. Oder weil Geheimnisse verraten werden. Trotzdem darf die Presse nicht dazu gezwungen werden, etwas nicht zu schreiben oder nicht zu sagen.

### Impressum

Jessica Schwarz  
Institut für Sozialwissenschaften  
Universität Hildesheim  
Universitätsplatz 1  
31141 Hildesheim  
Tel.: 05121 883 10730  
Mail: schwa010@uni-hildesheim.de  
Kooperationspartner: Behindertenbeirat Hildesheim und AWO Trialog Hildesheim  
Mit freundlicher Unterstützung von Initiativen Partnerschaft Eine Welt e.V.  
Ausgaben online unter:  
<https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozialwissenschaften/aktuelles/>

## Internationaler Tag der Pressefreiheit

Jedes Jahr am 3. Mai ist der Internationale Tag der Pressefreiheit. In vielen Ländern gibt es keine Pressefreiheit. Menschen, die ihre Meinung schreiben oder Geheimnisse verraten, werden bedroht, kommen in das Gefängnis, oder werden sogar getötet.

Am Internationalen Tag der Pressefreiheit wird gefordert, dass dies nicht mehr passiert und die Pressefreiheit in allen Ländern ein Grundrecht wird, damit sich alle Menschen überall gleich gut informieren können.

## Jan Böhmermann wird von Präsident Erdogan verklagt

Am 31. März hat Jan Böhmermann in seiner Fernsehsendung ein Gedicht vorgelesen, in dem er den türkischen Präsident Erdogan beleidigt hat. Erdogan



hat dagegen vor einem deutschen Gericht geklagt.

Foto: Jonas Rogowski; Creative Commons  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jan\\_B%C3%B6hmermann\\_in\\_Rostock\\_2014.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jan_B%C3%B6hmermann_in_Rostock_2014.jpg)

Seitdem diskutieren viele: darf Erdogan das? Einerseits ist Böhmermann Teil der Presse, die nicht eingeschränkt werden darf. Andererseits ist es nicht erlaubt, andere Menschen schwer zu beleidigen.